

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis monatlich 30 J., 1/2 Jährl. 1.50 J. Einmalig, jezt ins Haus durch die Post bezogen 1.65 J.

Die Neue Welt (Leseblatt) durch die Post nicht bezogen, jezt monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weitzenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: **Geßstraße 21, erster Hof hartens rechts.**

Telegraphen-Adresse: **Volksblatt Halle.**

Professionalsgebühren beträgt für die Gerichtsamt Bescheid oder deren Stamm 15 J., für Wohnungsbescheid- und Verdingungsanfragen 10 J. Die rechtlichen Teile liefert die Zeile 20 J. Die Preise für die fälligen Anzeigen müssen bar bezahlt werden, 12 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 1061.

Nr. 199

Halle a. S., Freitag, den 26. August 1898.

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

26. August. Zwischen dem General von Below als preussischem und dem General von Doyen als bairischem Bevollmächtigten wird der berichtigte Vertrag von Mainz geschlossen, durch den die schlesische Volkserhebung preisgegeben wird. Die Winterarbeit der Potsdamer Hofkammern und die Diplomaten treten ihre Arbeit gegen den Vertrag herbe. Eine nebenamtliche Wasserbauverwaltung wird aufgegeben. Die Kriegsgefangenen in Freiheit gesetzt, die geflohenen Schiffe zurückgegeben, Danemark sogar eine Entschädigung für die von den Preußen in Jütland vorgenommenen Requisitionen zugesichert. Die beiden Herzogtümer sollten ferner nicht nur von den bairischen, sondern auch von den sie besetzenden deutschen Truppen geräumt werden. Dann hiess es: Die beiden kontrabandierten Teile sind abzurufen gekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogtümer einzurufen, welche ihre Amtsdienste im Namen des Königs von Dänemark ausüben wird, mit Ausnahme der geschehenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede seit dem 17. März (seit der Volkserhebung) für die Herzogtümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Angesicht des Antikontakts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen. Die neue Regierung sollte aus fünf schlesisch-bairischen und allgemeinen Ansehen getreuen Notabeln bestehen, die gemeinsam vom bairischen und preussischen König zu ernennen waren. Vorübergehend der päpstlichen Regierung wurde Graf Karl Wollstein-Münchhausen, dessen extreme bairische Gesinnung allgemein bekannt war. Die beiden deutschen Herzogtümer, die sich im Frühjahr in nationaler Begeisterung erhoben hatten, waren demnach durch Preußen beinahe völlig wieder der bairischen Gewalt ausgeliefert. In ganz Deutschland rief der Mainzer Vertrag Entrüstung und tiefe Beschämung hervor und führte zu folgenreichen Entscheidungen des bairischen Regierungsrates und besonders des deutschen Parlamentes in der Paulskirche.

Seine große Sommerparade

Hält das Zentrum gegenwärtig in Krefeld ab. Diese deutschen Katholikentage, jetzt ist es der fünfundsiebzigste, sind in erster Linie große volkstümliche Schaufeste, die von den Veranstaltern mit großer Kunst und großer Erfahrung in Szene gesetzt werden. Ueber wohl hervorragende Mitwirkende gestalten aber auch die ultramontanen Regisseure. Da ist in der ersten Linie der gewaltige Herrmann der ecclesia militans der kämpfenden Kirche: ein Erzbischof und Kardinal ist in Begleitung zweier Weihbischöfe aus Köln auf dem Kongress erschienen und hieran schließt sich fast unübersehbar die Schaar der Pfarrer, Dechanten, Kaplanen und Patres, Kapuziner, Missionäre, Mitalder der Orden, Jesuiten, Brüder und Ordensschwwestern. Und neben dem Kerns marschieren die Laien. Von den parlamentarischen Führern des Zentrums selbst natürlich nicht einer: da ist Herr Dr. Lieber, der feierlich-groteske Redakteur der „Neuen Zeitsung“, da ist der Weichschmid Wagner und die übrigen unerschrockenen Mitglieder seines Köcher Geschlechts, da ist der unabelstümplische Professor von Zerling, der Herr Dr. Hipe, der Spezialist in verdünnter Sozialreform, da der württembergische Jurist Göbber, der Vater der sogenannten Militärstrafprozessreform, da die Führer des bairischen Zentrums. Auch die Regierung und die Behörden erweisen dem Kongress ihre Respekt. Man ist nicht umsonst „die regierende Partei“. Der Vorsitzende der Begrüßungsverammlung, ein Dr. Ulfrey aus Krefeld, hob mit Dank das Entgegenkommen der Behörden hervor. Post, Eisenbahn und Telegraphie hätten sich in den Dienst des Kongresses gestellt, ja, wenn Krefeld Seebad wäre, wären sicherlich zur Begrüßung einige „Kreuzer“ erschienen. Diese Selbstpreisfeste erzielen großen Zweck. Der diesjährige Katholikentag dient offensichtlich eine in besonderem Grade: die katholischen Arbeiter bei guter Laune zu erhalten und die Bande, die sie an das Zentrum knüpfen und die sich zu lockern drohen, wieder fester zu schließen.

Die letzten Wahlen zum Reichstage müssen den leitenden, ultramontanen Kreisen gezeigt haben, daß die unabhägige Agitation der Sozialdemokratie auch in den Kreisen der katholischen Arbeiterkreise festen Fuß zu fassen beginnt. So soll denn auf diesem Kongress einmal demonstriert werden mit dem großen Anhang, über den das Zentrum unter den Proletariaten katholischen Glaubens noch immer verfügt, dann aber auch diesem Anhang beweisen werden, was es an Zentrum alles hat. Der „Arbeiter-Verderber“ steht denn auch in der Pflicht für die Witalglieder der katholischen Arbeitervereine wurde die Generalversammlung eröffnet. Am Montagabend gab es dann einen großen Festzug der katholischen Arbeitervereine aus Krefeld und Umgegend durch die Straßen der Stadt. Als 120 Vereine mit 7000 Mitgliedern zogen sie zu Fuß gemacht worden sein, ein Beweis, wie sehr es die Ultramontanen heraufhaben, die Arbeiter in ihre Vereine zu verdrängen. Natürlich empfiehlt sich das Zentrum bei solcher Gelegenheit gern als Gesellschaftsleiter, als Ueberwinder der Sozialdemokratie. Ein Telegramm an den Kaiser bezichtigte von der unverdächtigen Unterthanenkreis 7000 katholischer Arbeiter. Der schon genannte offenbar humoristisch veranlagte Rechtsanwal-

Dr. Ulfrey erklärte in seiner Eröffnungssrede, daß das „Elitencorps der katholischen Arbeiter“ in seinem Kampfe gegen den Umsturz seinen Paros geben werde, und verlangte, mit der Reule des Katholizismus wollen sie alles vernichten, was ihnen entgegenstehe und mit dem „Schwellfeuer des Gediecks“ würden sie den Gegnern entgegenreten und nicht eher ruhen bis sie sie zu sich hinübergezogen hätten. Das Vertrauen auf die Wirksamkeit dieses Schwellfeuers scheint aber doch nicht besonders groß zu sein. Denn der Reichstagsabgeordnete Stögel-Effen warnte in einem Vortrage über die „Fachsorgenanstalt der katholischen Arbeiter“ die Schächeln davon, den Gesellschaften beizutreten, wo sie der sozialdemokratischen Volkserhebung wider; sie sollen hüthig unter sich bleiben und sich auf christlichem Boden organisieren. Freie Bahn den christlichen Berufsvereinen forderte Herr Stögel. Nur den christlichen Berufsvereinen? Sollte das Zentrum so den Schutz des Koalitionsrechtes verheissen? Was über die Sozialdemokratie im übrigen gesprochen wurde, fand auf dem Niveau der ultramontanen Schmähs- und Verdummungsflugblätter, die zu Hunderttausenden täglich unter die katholische Arbeiterschaft geworfen werden. Da sprach der Krefelder Pfarrer Dr. Ulfrey über die „rote Gefahr“ und erforderte für Leo XIII. den Titel Arbeiterpapst; Pfarrer Schürmann aus Hochfeld pöbelte die Verdienste des Zentrums um die Arbeiter auf und verunglimpft die Thätigkeit der Sozialdemokratie, und zum Schluß wurde der Kapuziner-Guardian Benno Aueracher zu einer Kapuzinade gegen die wissenschaftlichen Theorien der Sozialdemokratie aufgerufen. Kurz in Krefeld wird nichts verabläumt, um die katholischen Arbeiter treu im Glauben zu erhalten und ihre Stimmen nicht zu verlieren. Auf die Länge der Zeit helfen aber alle diese Mittelchen und Nägeln nicht. Das haben unsere Genossen in Belgien und Frankreich bewiesen. Auf die übrigen Thaten und Beschlüsse des Krefelder Katholikentages kommen wir noch zurück.

Tagesgeschichte.

Ueber die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen haben namentlich auch die Berliner Genossen entschieden. Der Hamburger Parteitagsbeschluss hat bekanntlich den einzelnen Wahlkreisen die Entscheidung überwiegen; für Berlin gelangte er nicht ganz zur Ausführung, da sämtliche vier Landtagswahlkreise der Stadt gemeinsam berieten. Das ist begründet in der Berliner Wahlkreisorganisation, die die Reichstagswahlkreise für die Landtagswahlen vollkommen durcheinander wirft. Dann aber liegen auch die Wahlkreise für ganz Berlin insofern gleich, als ein Sieg unserer Partei bei den Landtagswahlen ausgeschlossen und die Wiederholung der bisherigen freisinnigen Abgeordneten ohnehin gesichert erscheint. War diese Abweichung von Hamburger Parteitagsbeschluss gerechtfertigt, so kann das Gleiche nicht von der Annahme der Resolution gesagt werden, die der Reserver Genosse Debebour vorbrachte und die mit starker Majorität schließlich durchging. Diese Resolution lautet:

In Erwägung, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen zum preussischen Landtage Wahlerfolge aus eigener Kraft nicht erzielen kann und deshalb unter Umständen nur auf eine direkte oder indirekte Unterstützung bürgerlicher Parteien auszusommen kann; in fernerer Erwägung, daß der in dem gefällten Beschlusse des Parteitages den Genossen die Beteiligung zu empfehlen, von der Voraussetzung ausgeht, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Willen und die Fähigkeit zur energischen Bekämpfung der Reaktion zeigen würden; in Erwägung endlich, daß in der Nichterfüllung der bürgerlichen Oppositionsparteien die auf sie gestützten Hoffnungen enttäuscht, indem sie die Reaktion gefördert, nicht die grundfällige Beschlüsse haben, bezieht die Sozialdemokratie Berlin, von der Beteiligung an den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen Abstand zu nehmen und zur Wiedererlangung der Reaktion sich nach wie vor ausschließlich auf die eigene Kraft zu verlassen. Aus dem Wortlaut der Resolution scheint uns hervorzuergängen, daß sie eine Auserkennung des Hamburger Beschlusses beabsichtigt. Die Resolution spricht ganz allgemein von der Sozialdemokratie, und wären ihre Voraussetzungen richtig, so dürfte die Sozialdemokratie keines Kreises sich an den Landtagswahlen beteiligen. Die Entscheidung über die Beteiligung ist aber bereits in Hamburg getroffen, und keine Partei veranlaßt kann sich als Oberinstanz über die Beschlüsse eines Parteitages anheben, ebensowenig kann sie besser besuch ist, als die Berliner, die die Klänge des Preussentags nur zur Hilfe läute. In allen Kreisen, in denen eine Beteiligung nach Lage der Verhältnisse möglich ist, soll die Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen teilnehmen. Das ist in Hamburg beschlossen worden. Mit den Worten: „nach Lage der Verhältnisse möglich“ ist offenbar nur die äußere Möglichkeit der Beteiligung gemeint. Die Debebourische Resolution aber versteht darunter die innere Möglichkeit der Beteiligung und verneint sie. Die Versammlung lehnte eine zweite Resolution, die von den Genossen Aion und Heine vertreten wurde, bekanntlich ab, die

in Würdigung der Berliner Verhältnisse die Beteiligung zwar ablehnen, gleichzeitig aber die Verpflichtung auszusprechen wollte, die Genossen, die in anderen Kreisen die Beteiligung für möglich halten, nach Kräften zu unterstützen. Diese Ablehnung entspricht dem Geiste der Lebebourischen Resolution. Begrifflich ist ja die Stimmung der Berliner Genossen; viele scheinen wirklich bei den letzten Reichstagswahlen ein anderes Verhalten der Freisinnigen erwartet zu haben und hierzu tritt die Verberterung über den Verlust zweier Wahlkreise. Das kann aber in keiner Weise die Nichtachtung des maßgebenden Parteitagsbeschlusses rechtfertigen. Die Genossen der anderen Wahlkreise werden selbstverständlich unbeeinträchtigt von dem Beschlusse der Preussentagsversammlung nach Lage ihrer Verhältnisse über die Möglichkeit einer Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden.

Unternehmer-Koalition. Der Vorstand der Berliner Bäcker-Innung Konradia hat in seiner letzten Sitzung die Gründung eines Streikabwchfonds beschloffen. Sämtliche Oermeister der Bäckerinnungen der Provinz Brandenburg werden demnächst in Berlin zusammenzutreten, um über Maßnahmen gegen einen Streik zu beraten. Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes deutscher Bäckerinnungen Germania hat als Unterstützung für die durch den Streik bedingten Hamburg-Alttoner Bäckermeister 10 000 Mark bewilligt. — An der Arbeiterchaft liegt es, ungeschämt die entsprechenden Wege maßregeln zu treffen.

Fürst Herbert Bismark scheidet, wie der Maeburger Zeitung aus Friedrichshagen gemeldet wird, endgültig von dort nach Schönhausen über, um daselbst seinen ständigen Wohnsitz zu nehmen.

Das war voraus zu sehen.

Eine eigentümliche Majestätsbeleidigungs-Affaire kam vor der Jagener Strafkammer zur Verhandlung. Der Fabrikarbeiter E. Grünwald aus Altendörbe kam im Februar d. J. in die Wirtshaus von Rich. Haarmann zu Altendörbe. Aus einem Gespräch über Sozialdemokratie und Wahlen, wobei Haarmann erklärt, seinen Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen nicht herzugeben, entwickelt sich ein allgemeines politisches Gespräch, bei welchem E. eine auf die Kaiser Neben bezügliche Äußerung macht, die man auf den Kaiser beziehen konnte. Darauf geht der Wirt hin und denunzierte den jungen Mann wegen Majestätsbeleidigung. Inzwischen ist die Entscheidung unbestritten sehr zweifelhaft gewesen; denn der Angeklagte in Folge verweigerte nach der Vernehmung des G. dessen Entlassung. Die Strafkammer in Hagen findet in dem Befehle keine Beweismittel und spricht den Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft in Hagen legt Revision ein und das Reichsgericht gibt die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Hagen. Darauf wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Denunziant Rich. Haarmann in Altendörbe bei Hagen fungierte übrigens schon einmal als Zeuge in einer Majestätsbeleidigungs-Klage, damals wurde der Angeklagte freigesprochen.

Russland.

Frankreich. Mißstimmung über die äußere Lage. Die Ereignisse in Ostasien werden hier mit wachsender Besorgnis und Verärgerung verfolgt. Der Optimismus bezüglich der gelauteten äußeren Politik Frankreichs verbreitet sich mehr und mehr und die Ansicht hat sich bereits in den weitesten Kreisen Bahn gefochren, daß die Republik allmählich zu einer Macht zweiten Grades herabgedrückt wird. Durch eine vielleicht etwas einseitige Guppierung der Thatsachen sucht man hier festzustellen, daß Frankreich ganz von Rußland und Deutschland ins Schleppland genommen worden ist und demnach von den anderen Mächten bei den Erörterungen über die Gestaltung der Dinge auf der ganzen Erde erst in zweiter Linie berücksichtigt wird. Gewisse Journalisten, besonders Nihilisten, wie Maret und Lanesian, heften diese von ihnen gemachten Beobachtungen nicht nur zu recht energischen Vorwürfen gegen Rußland aus. Sie suchen darzulegen, daß die Petersburger Regierung von der deutschen behauptet worden ist, die europäischen Verhältnisse außer acht zu lassen und selbst ihre traditionelle Politik auf der Balkanhalbinsel aufzugeben, um ihre gansen Anstrengungen auf Wien zu konzentrieren. So arbeitet die, ohne sich im mindesten an die französischen Gesühle und Interessen zu bekümmern, an die Vorherrschend Deutschlands in Europa hin. Jetzt liegt die Sache so, daß Frankreich von Rußland und dieses ferner von Deutschland an der Rale kränkelhaft werde. Während die Russen die fünfzigsten Kräfte für China aufwenden, nehme Deutschland ihren Platz auf der Balkanhalbinsel und den der Franzosen in Kleinasien ein. Der deutsche Kaiser bilde sich mehr und mehr zum Herrscher der zivilisierteren Welt heraus oder doch zum allgewaltigen Schiedsrichter. Nach diesen allgemein wehmütigen Betrachtungen

Litteratur.

Die Sozialistischen Monatshefte (Redaktion und Verlag: Berlin C. StraÙe 11; Verleger: Dr. Franz Schölercher...)

is fort, dann wird Ihres Vaters Geld alle und Sie müssen schließlich ins Examen gehen... Was das von der Seele gepumpte Wasser!...

Der Herrgott, 25. 3. (Groschen 7). Der Arbeiter-Bericht 48. 3. (Klein). Der Sonntag... Hochzeits-Geschenke... C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Leitung. Der Vertrauensmann. Briefkasten der Redaktion. D. C. 1. Die Droschkenfahrer sind orantisch; Hauptziel ist in Hamburg... D. B. 3. Bestimmungen über die Zulassung eines Radtechnikers...

Ständesamtliche Nachrichten. Halle, den 24. August. Nachrichten: Der Schuhmacher-Geselle und seine Handlung... Schoren: Dem Volkshilfsverein...

Hochzeits-Geschenke. unerreicht große Auswahl in Leuz- und Gebrauchsgegenständen. C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Grosses öffentliches Gewerkschafts-Fest. Sonntag den 28. August von nachmittags 3 Uhr an in sämtlichen Räumen des „Bellevue“ Konzert, Kinderbelustigungen, Blumenverlosung für Frauen, Preiskegeln für Männer. Abends BALL.

Das Gewerkschafts-Kartell zu Halle. Programm sind zu haben: Lehmanns Restaurant, Verlegerstraße 26. Eintritt für jede erwachsene Person 10 Pf.

Zeitz. Freitag den 26. August abends 8 Uhr im Saale des „Geiters Blut“ öffentl. soziald. Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung über die Reichstagswahl...

RICH-PFEIFFER Bratheringe. 8 Liter-Dose Mt. 2.20 empfiehlt Richard Pfeiffer, Nikolaistraße 6. Schnellreparatur-Werkstatt für Schuhwaren...

Radfahrer-Verein „Vorwärts“, Weiskensels. Sonntag d. 28. Aug. von nachm. 3 Uhr an im Rest. „Stadt Naumburg“ Kränzchen. Presslers Berg.

Karl Koch's Nährwieback seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt. Ausverkauf von Kinderwagen u. Reisekörben...

Brot! Brot! Groß und wohlgeschmeckt 5 Pfd. für 50 Pf. Karl Koch Herrenstraße 1. Möbel-Ausstattungen...

Kreuzschau. Sonntag den 28. August Guten-Ansiegeln. Empfehle täglich frisch: Hall-u. Berl. Kapfuchsen...

Zunige Mädchen u. Frauen welche ausgebildete Kinder-Mäntel arbeiten können... Gebr. Sernau, Gr. Ulrichstr. 54.

Restaurant zur Bauernschenke Meißnerstraße 126. Schieferpfeifer, Zigarettenabschneider, Federbüchsen... Restaurant zur Bauernschenke Meißnerstraße 126.